

dortigen Präfekturstadt Yulin hatte 2003 die Rekonfizierung mehrerer hundert Ölfelder angeordnet, für die sie zuvor Prospektierungs- und Erschließungsrechte an private Unternehmen verkauft hatte. Als Entschädigung für die Konfiskation der „fälschlicherweise“ verkauften Rechte sollen den privaten Investoren eine Gesamtsumme von 1,3 Milliarden RMB (nach anderen Angaben: umgerechnet 242 Millionen USD) geboten worden sein, die aber weit unter den tatsächlichen Investitionen von 7 Milliarden RMB lägen, die die privaten Unternehmen bereits für die Prospektierung der Ölquellen aufgewendet hätten.

Zhu Jiuhu, der einen Prozess gegen die Lokalregierung angestrengt hatte, um angemessene Kompensationszahlungen für seine Mandanten einzufordern, wurde im Mai 2005 von Sicherheitsbehörden in Shaanxi festgesetzt und im Juni formal verhaftet. Nach insgesamt vier Monaten Haft, während der sich seine Familie und zahlreiche Juristenkollegen in Beijing für seine Freilassung einsetzten, gestattete ihm ein Gericht des Kreises Jingbian in der Stadt Yulin Mitte September die Rückkehr nach Beijing. Allerdings befindet er sich dort nicht auf freiem Fuß, sondern wurde auf Kautions für einen auf 12 Monate festgesetzten Zeitraum freigelassen, während dessen die gerichtlichen Untersuchungen gegen ihn weiterlaufen und er sich regelmäßig bei den Behörden melden muss, Beijing nicht verlassen und keine Medieninterviews geben darf.

Damit ist nicht nur seine Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt – vor allem wurde ihm, so urteilen Kommentatoren, durch diese „Rechtsmittel“ faktisch auch die Betreuung des Streitfalles um die Ölfeldkonfiskation in der Provinz Shaanxi entzogen. Auch die Verteidigung der persönlichen Sicherheit seiner Mandanten, von denen inzwischen mehrere Dutzend nach Protesten gegen die lokalen Autoritäten verhaftet und zum Teil zu mehrjährigen Freiheits- bzw. Administrativstrafen verurteilt sein sollen, dürfte Zhu Jiuhu damit bis auf

weiteres verwehrt bleiben. Wie ein Partner in der Beijinger Rechtsanwaltskanzlei Zhu Jiuhus in Medieninterviews erläuterte, soll Zhu darüber hinaus gemeinsam vom Gericht des Kreises Jingbian und dem Beijinger Rechtsanwaltsverband unter Druck gesetzt worden sein, mehrere Arbeitsverhältnisse in seiner Kanzlei aufzukündigen, sodass selbst die weitere Ausübung seines Berufs in Frage stehen könnte. (SCMP, 20., 23., 25.9.05; FT, 21.9.05) -hol-

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

20 Zweiter bemannter Raumflug und Eröffnung des Technikzentrums für Mondforschung

Zwei Jahre nach dem ersten bemannten Raumflug ins All ist nun ein zweiter Flug für den 13. Oktober 2005 vorgesehen. Wie schon im Mai 2004 angekündigt, sollen dieses Mal allerdings zwei Raumfahrer an der deutlich längeren Mission teilnehmen (vgl. C.a., 2004/5, Ü 19). Während der Astronaut Yang Liwei im Oktober 2003 bereits nach 21 Stunden auf die Erde zurückkehrte, ist für die zwei Astronauten dieses Mal ein Flug von 119 Stunden, also von fünf Tagen, vorgesehen.

Shenzhou VI wird wie ihr Vorgänger Shenzhou V vom Raumfahrtzentrum Jiuquan in der nordwestchinesischen Provinz Gansu starten. Die Landung ist in Honggeersumu in der Inneren Mongolei vorgesehen. Drei Gruppen mit jeweils zwei Astronauten werden derzeit für die Mission vorbereitet. Ihr Training begann bereits im März 2004 (vgl. C.a., 2004/5, Ü 19). Wie auch schon beim ersten bemannten Raumflug werden Zhai Zhigang und Nie Haisheng die größten Chancen zugesprochen, im finalen Countdown ausgewählt zu werden. Damals hatte Yang Liwei die historische Möglichkeit erhalten, als erster Astronaut in einer chi-

nesischen Rakete zum Nationalhelden zu werden (vgl. C.a., 10/2003, S. 1217-1222).

Die neue Rakete Shenzhou VI wurde um „über hundert technologische Modifikationen“ (*Zhongguo Tongxun She*, 23.9.05) gegenüber ihrem Vorgängermodell verbessert, sodass nun erstmals ein mehrtägiger Aufenthalt im All ermöglicht wird und auch wissenschaftliche Experimente möglich sein dürften. Die Astronauten sollen den Angaben chinesischer Wissenschaftler zufolge dazu erstmals die Raumkapsel verlassen können.

Die parteistaatliche Führung wird ihr Interesse und ihre Unterstützung für die bemannte Raumfahrt im Rahmen des staatlichen Luft- und Raumfahrtprogramms voraussichtlich wieder medienwirksam zum Ausdruck bringen. So könnte Hongkonger Medienberichten zufolge diesmal Ministerpräsident Wen Jiabao anstelle von Staats- und Parteichef Hu Jintao das Raumfahrtzentrum Jiuquan im Vorfeld besuchen.

Im Rahmen des dreistufigen Mondprogramms mit dem Namen Chang'e, der auf eine Gottheit zurückgeht, die gemäß eines chinesischen Märchens zum Mond flog, wurde am 22. August außerdem das Technikzentrum für Mondforschung in Beijing eröffnet. Das Zentrum ist der Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie für die Nationale Verteidigung zugeordnet. Die Aufgabenstellung des Technikzentrums liegt darin, Machbarkeitsstudien zur Mondforschung zu erstellen sowie die weitere Projektplanung und Projektumsetzung zu gewährleisten. Damit soll die Voraussetzung geschaffen sein, noch vor 2007 den ersten Mondsatelliten mit dem Namen Chang'e I starten zu können. Dieser soll dreidimensionale Bilder von der Mondoberfläche erzeugen können, die Beschaffenheit der Oberfläche analysieren, sowie die Tiefe des Bodens auf dem Mond und den Weltraum zwischen Mond und Erde erforschen können. In der zweiten Phase des chinesischen Mondprogramms soll bis 2010 das

erste unbemannte Gefährt auf dem Mond landen und bis 2020 Bodenproben auf die Erde bringen können. (ST, 24.8., 27.9.05; *Zhongguo Tongxun She*, 22.8., 9., 23.9.05, nach BBC PF, 24.8., 10., 25.9.05; DGB, 25.9.05, nach BBC PF, 27.9.05; *Wen Wei Po*, 26.9.05, nach BBC PF, 27.9.05; SCMP, 19.9.05; XNA, 22.8.05)

21 Plädoyer für die Berufsbildung

Ende August fanden in Beijing Gespräche zur „Unternehmensentwicklung und der Berufsbildung“ zwischen Unternehmens- und Regierungsvertretern statt. Cheng Siwei, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses und Vorsitzender der Chinesischen Gesellschaft für Berufsbildung, gab dazu in einem Artikel in der *Guangmin Ribao* einen Überblick über Berufsbildung in der VR China sowie die Erfordernisse für eine zukünftige Verbesserung.

Cheng verwies dabei zunächst auf die mangelnde Unterstützung für eine praxisorientierte berufliche Ausbildung in der Bevölkerung. Nicht zuletzt wegen der Ein-Kind-Politik seien Eltern vornehmlich an einer universitären Ausbildung für ihr Kind interessiert. Verbesserte Chancen auf einen Arbeitsplatz mit einer Berufsausbildung würden hinsichtlich des beruflichen Werdegangs kaum berücksichtigt. Deshalb erachte er es für besonders wichtig, ein gesellschaftliches Umdenken in Gang zu setzen. Der Erfolg hänge dabei von Faktoren wie das Ansehen der Berufsbildung sowie die gesellschaftliche Stellung und die Bezahlung von Fachkräften ab. Eine ebenso wichtige Rolle spiele, dass der Markt selbst begreife, dass technische Fachkräfte nur schwer zu bekommen seien. Damit könnte er wichtige Impulse für die Berufsbildung geben. In Shanghai gebe es derzeit z.B. einen Mangel an 400.000 technischen Fachkräften. Im südchinesischen Shenzhen sei es sogar schwerer, einen Schlosser zu finden,

als einen Hochschulabsolventen mit Dokortitel.

Was die politischen Rahmenbedingungen angeht, so plädierte Cheng dafür, dass Schulen, die von Unternehmen geführt werden, ebenfalls als private Bildungseinrichtungen anerkannt werden und damit förderungswürdig sind.

Da sich China derzeit noch im Prozess der Industrialisierung befinde, sei der Bedarf an beruflicher Industriebildung sehr groß und die Nachfrage nach entsprechenden Fachkräften wachse stetig. Die Unternehmensentwicklung erfordere jedoch nicht nur technische Fachkenntnisse, sondern auch Kenntnisse in der Betriebsführung, über Computer, Außenhandel, Fremdsprachen sowie Zulieferung und Vertrieb. Die Ausbildung in all diesen Disziplinen müsse und könne nur durch Berufsbildung geleistet werden.

Weiterhin führte er aus, dass die Berufsbildung für die Unternehmen in dreierlei Hinsicht von Nutzen sei. Erstens könne sie nicht nur technisches Wissen vermitteln, sondern auch die chinesische Unternehmenskultur positiv beeinflussen. Zweitens vermittele die Universität nur Wissen, aber keine praktischen Fertigkeiten für die Umsetzung des Erlernten. Drittens könne Berufsbildung das Innovationsklima fördern und die Kernfähigkeiten eines Unternehmens verbessern. Innovation sei dabei nicht mit neuen Erfindungen gleichzusetzen. Vielmehr würden Innovationen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen durch ein Zusammenspiel von Unternehmen und ihren Angestellten entstehen. Die Ausbildung der Angestellten in Kernkompetenzen sei daher essenziell, um Innovationen hervorbringen zu können. Schlüsselqualifikationen fungierten somit als Rückgrat für erfolgreiche Unternehmen, weshalb Industriebildung für die Unternehmensentwicklung dringend notwendig sei.

In seinem Resümee unterstrich Cheng Siwei nochmals mit aller Deutlichkeit, dass der Berufsbildung in vielerlei Hinsicht mehr Beachtung geschenkt bzw. ihre Entwicklung

gestärkt werden müsse. So müsse der chinesische Staat seine finanzielle Unterstützung erhöhen. Unternehmen müssten gemäß ihres eigenen Bedarfs die Investitionen in Berufsbildung erhöhen und sollten dazu ermutigt werden, die Initiative für die Gründung unternehmensfinanzierter berufsbildender Einrichtungen zu übernehmen. Haushalte müssten ihre Vorbehalte gegenüber einer Berufsausbildung abbauen. Schüler könnten mittels eines Punktesystems und der Kombination von Lernen und Arbeiten angespornt werden, das eigene Bildungsniveau anzuheben. Für Angestellte und Arbeiter sollte durch zusätzliches Gehalt ein Anreiz für Weiterbildung geschaffen werden. Das Gehalt von Lehrenden an berufsbildenden Schulen müsse erhöht werden. (GMRB, 31.8.05)

22 Tibets Bildungswesen auf dem Weg ins Informationszeitalter

Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Autonomen Region Tibet berichtete die staatliche Presse über positive Veränderungen im tibetischen Bildungswesen in Bezug auf seine Informatisierung. Zugleich wurden Zielsetzungen bis 2010 bekannt gegeben, um Tibet für die besonderen Anforderungen im Informationszeitalter zu rüsten (siehe dazu auch Dokumentation in der Rubrik „Innenpolitik“).

Seit 2002 hat es deutliche Fortschritte in der Informatisierung der Bildung in Tibet gegeben, um sich so besser an die neuen Anforderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung durch die stetige Technologiedurchdringung anpassen zu können. Das tibetische Bildungsministerium ließ seitdem 5.000 Lehrer im Pflichtschulbereich theoretisch und praktisch in der Informationstechnologie ausbilden. Mit einer jährlichen Investitionssumme von 5 Millionen Yuan unterstützt das Bildungsministerium zudem seit 2003 spezielle Projekte zur Verbesserung des Bildungsangebots, der Lehrmittel und der Ausbildung von Lehrenden. Da-

zu werden an tibetischen Hochschulen beispielsweise Fernlehrgänge für Lehrer finanziert.

In der mittelfristigen Planung zur weiteren Informatisierung des tibetischen Bildungswesen sind bis 2010 u.a. für die Sekundarstufe II mit Computern ausgestattete Unterrichtsräume, multimedial ausgestattete Klassenräume sowie Sprachlabore vorgesehen. Schwerpunktschulen soll darüber hinaus der Internetzugang ermöglicht werden. Unterrichtsräume in der Sekundarstufe I sollen flächendeckend mit Computern, und Schulen mit Sprachlaboren ausgestattet werden. Für alle Grundschulen auf Dorf- und Gemeindeebene ist ferner ein Zugang zur modernen Fernbildung vorgesehen, außerdem soll die Hälfte der Schulen Computerräume bekommen.

Mit zusätzlichen Investitionen in die Informatisierung der tibetischen Bildung soll einerseits die Bildungsqualität der tibetischen Bevölkerung allgemein verbessert werden und bessere Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit für Fach- und Führungskräfte gegeben werden. Andererseits könne auf diese Weise die enorme Marktnachfrage entwickelt werden, die das moderne Informationszeitalter im Bildungsbereich mit sich bringt. Außerdem könne Bildung ein neuer Einflussfaktor für das Wirtschaftswachstum in Tibet sein und somit den wirtschaftlichen Aufschwung Tibets fördern, so ein Bericht in der *Guangmin Ribao*.

Angesichts des insgesamt niedrigen Bildungsniveaus in der Autonomen Region Tibet scheint jedoch Zweifel an der relativ kurzfristig angesetzten Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele angebracht zu sein. Bevor der Schritt in das Informationszeitalter für das tibetische Bildungswesen umfassend vollzogen werden kann, sollte zunächst die Lösung einiger seiner Grundprobleme Priorität besitzen. So weist die Autonome Region Tibet trotz der zentralstaatlichen Unterstützung in den letzten 40 Jahren mit über 40% immer noch die höchste Analphabetenrate in der VR China auf. (GMRB, 27.8.05)

Gesellschaft

Günter Schucher

23 Weißbuch zur Gleichberechtigung von Frauen veröffentlicht

Am 24. August hat das Informationsbüro des Staatsrates ein Weißbuch veröffentlicht, das sich mit der Gleichberechtigung und Entwicklung der chinesischen Frauen befasst. Das Dokument, das am Tag darauf auch in der *Volkszeitung* abgedruckt war, soll aus Anlass des zehnten Jahrestages der Beijinger Frauenkonferenz (Beijing +10) in neun Abschnitten die erreichten Fortschritte bei der Verwirklichung gleicher Rechte für die Frauen aufzeigen. Es beginnt mit dem Hinweis auf die Rolle des Staates, der nicht nur strategische Ziele wie die „Outline for the Development of Chinese Women (2001-2010)“ formuliert, sondern mit dem National Working Committee on Children and Women (NWCCW) beim Staatsrat auch ein Organ zur Koordinierung und Umsetzung dieser Ziele eingerichtet hat. Eine große Rolle dabei komme außerdem den regierungsnahen Nichtregierungsorganisationen, zuvorderst dem Frau-

enverband, zu. Im letzten Abschnitt werden die rechtlichen Vorschriften und Gesetze genannt, die seit 1949 zum Schutz der Frauen erlassen wurden.

In den übrigen Abschnitten geht es um die Rolle der Frauen in unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen und den Stand der bereits erreichten Gleichstellung. So gebe es z.B. viele politische Maßnahmen, um die Frauen bevorzugt zu beschäftigen oder ihnen mit Hilfe von Kleinkrediten den Start eines Einzelgewerbes zu ermöglichen. Daher sei Zahl und Anteil der Frauen an den Beschäftigten in den letzten zehn Jahren relativ hoch geblieben, auch stellten sie einen beachtlichen Teil der Eigentümer von Kleinen und Mittleren Unternehmen sowie von kaufmännischen und technischen Fachkräften (s. Tab. 1). Auf dem Lande sind sie i.J. 2003 den Männern bei der Pachtung von Land gleichgestellt worden.

Die Zahl der Armen, betont der Bericht, ist von 80 Mio. im Jahre 1994 auf 26,1 Mio. i.J. 2004 gesenkt worden; die Mehrzahl davon seien Frauen gewesen. Ihnen gelte staatlicherseits beim Monitoring der Armutsbekämpfung ein besonderes Augenmerk.

Deutlich sei der Fortschritt auch im politischen Bereich, wo die Frauen nicht nur rechtlich gleichgestellt sei-

Tabelle 1: Frauen und Wirtschaft

	Anzahl der Frauen (Mio.)	Anteil der Frauen (%)	Veränderung
Städtische und ländliche Beschäftigte	337	44,8	
Beschäftigte in städtischen Einheiten	42,27	38,1	
Eigentümer kleiner und mittlerer Unternehmen		20	60% davon haben ihre Tätigkeit in den letzten 10 Jahren aufgenommen
Kaufmännische und technische Fachkräfte in staatseigenen Unternehmen und Institutionen		43,6	+6,3% gegenüber 1995